

Mahnruf

Kampfbblatt der Werktätigen

Der „Mahnruf“ erscheint wöchentlich. Redaktion und Verwaltung: Graa, Elisabethengasse Nr. 30. Sprechstunden: täglich von 18 bis 19 Uhr. — Wiener Redaktion: Wien, XVIII., Vincenzgasse Nr. 24. Sprechstunden: Jeden Mittwoch von 8—10 Uhr abends. Posthaus Altmühlstr. 1X., Postfachgasse 12. — Eingekaufte Artikel müssen mit Name und Adresse gefertigt sein.

Graz Wien
September 1929
Nr. 8 1. Jahrg.

Bezugspreise: Im Monatsabonnement mit Postzustellung wird jede Nummer mit 15 Groschen berechnet, im Straßenverkauf mit 18 Groschen. Das Vierteljahrsabonnement mit Postzustellung beträgt S. 1.40. Vierteljährliche Bezugsgebühr für Deutschland Mk. —.80. Die Bezugspreise sind im vorhinigen zu entscheiden. — Postsparkassenkonto Nr. 69371.

Weniger essen oder mehr Lohn!

Die Teuerung um ein Drittel gestiegen. Der Reallohn sinkt. Die Gewerkschaftsführer bremsen. Die Not der Ausgesteuerten und Altersrentner. Heraus mit Lohnforderungen. Schach dem Betriebsfaschismus.

Dem Proletariat das Essen abgewöhnen, Wucherer profitiert den Händlern und Großhändlern zuschanden, Zölle und Steuern erhöhen, das scheint der hohen Herren höchste Weisheit zu sein.

Die Haushaltsstatistik der Wiener Arbeiterkammer, die von 70 proletarischen Frauen geführt wird, weist eine Verteuerung der Lebenshaltung um ein Drittel

seit dem Jahre 1928 aus. Das sogenannte Existenzminimum, das vom Wiener Einigungsamt für einen 21jährigen ledigen Mann im Jahre 1928 mit 200 S. monatlich errechnet wurde, ist um 31 v. H. gestiegen und beträgt nach der heutigen Errechnung 262 S.

Nicht gestiegen sind die Gehälter der Angestellten, ja tausende junge Angestellte, die sich selbst erhalten müssen, haben jetzt noch Gehälter, die tief unter dem Existenzminimum von 1928 liegen.

Tausende von Angestellten und Abertausende von Arbeitern, die in Bergwerken, Hochöfen und Werksstätten schuften, haben Löhne, die weit entfernt sind von 202 S. Mit diesen Löhnen aber müssen sie Frau und Kinder ernähren — was heißt ernähren, das ist keine Ernährung mehr, das ist Unterernährung.

Was ein feister Bürger zum Gabelfrühstück ausgibt, davon lebt eine proletarische Familie den ganzen Tag.

Was ein Bourgeois zum Sonntagovergnügen verwendet, damit müssen mehrere Arbeiterfamilie eine Woche leben.

Das Vielfache von 50 Schilling, mit denen ein Altersrentner ein Monat lang „leben“ muß, verpraßt das Bürgerfröhenchen mit seiner Dame in der Nobelbar. Arbeiten und nicht genug zum Essen haben, alt geworden und hungern müssen, arbeitslos sein und darben müssen, das ist das Los der Proleten in der demokratischen Republik.

Die große Teuerungswelle, die heute im Frühjahr einsetzt und mit dem

Fleischwucher im August ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht, hatte im proletarischen Haushalt

drakonische Einschränkungen zur Folge. Die ganze Bürde und Sorge des proletarischen Haushaltes ruht auf den Schultern unserer Frauen und Mütter.

Woher das tägliche Brot für die Kinder nehmen, was kochen mit dem wenigen Geld, wie dem Mann die nötigen Kräfte zuführen, die er für seine schwere Arbeit braucht, das sind vom frühen Morgen bis spät am Abend die Sorgen unserer Frauen und Mütter.

Die Reallohne sinken, der Schilling verliert von Monat zu Monat seine Kaufkraft. In einigen wichtigen Lebensmittel-

wollen wir zeigen, wie die Preise seit Februar 1928 bis August 1929 angezogen haben:

Artikel per Kg.	Februar 1928	August 1929	verteuert in Schillingen um %
Kindfleisch	3.20	5.80	18
Schweinefleisch	4.—	5.50	35
Salz	—64	—72	12
Linien	1.80	2.40	35
Bohnen, weiß	—80	1.30	120

Wir könnten die Liste fortsetzen und bei fast allen Artikeln ist eine Verteuerung eingetreten. Nichts vermag besser die Ausbungerung des Proletariats zu schildern als die Teuerungstatistik. In den Sommermonaten konnte die proletarische Hausfrau zum Gemüse Zuflucht nehmen, aber was soll heuer

im Winter werden? Schon beginnt das Laub von den Bäumen zu fallen und den Arbeitern fehlen

Winterkleider und gute Schuhe.

Die Keller der Arbeiter sind leer, während sich die Reichen mit hungrigen Kohlenvorräten versehen.

Zum Hunger der Ausgesteuerten, der Altersrentner, die ihre letzte Habe ins Verkaufsgamut getragen oder verkauft haben, kommt die Räte.

Die IBA raubt weiter die Unterstützungen. Die Verzweiflungstimmung Hundertter vom Elend Verfolgter treibt sie zum

Selbstmord oder führt sie in die Arme des Faschismus.

Die faschistischen Dumstümmer mißbrauchen die Hilflosigkeit der Schwachen und vom Elend Jermürdeten. Mit radikalen Phrasen und bombastischen Versprechungen locken sie irrezitierte Arbeiter und mißbrauchen sie gegen ihre eigene Klasse.

Die sozialdemokratischen Führer haben für den hungrigen Magen

nur Staatsweisheit und Disziplintritten.

In Wien, wo die SP.-Führer an der Macht sind, haben sie den Banken, Autobesitzern und der Geschäftswelt 20 Millionen Steuern geschenkt. Dafür haben sie Wasserpreis und Straßenbahntarife erhöht. Ob Rieneböck oder Breitner, Mittelberger oder Küdl, sie alle plündern nur die Werktätigen aus!

Erwartet nicht von diesen Führern, die mit Schober paktieren,

den Kampf gegen Kapital und Faschismus.

Den Kampf um

mehr Lohn — gegen Teuerung, den müßt ihr selbst, mit neuen, revolutionären Kampfmethoden führen.

Das kann es nicht weitergehen. Erhebt euch, ihr Männer der Arbeit, laßt eure schwülen Fäuste sprechen, handelt.

Du — willst Sozialdemokrat sein?

Ungeführt ist die düstere Schar, deren erster Vorneder war, Stöckl, Kowarik, Müller, die Erschoffenen von Schattendorf folgten; dann kamen die 90 Morde des 18. Juli und die steirischen Arbeiter Hauer und Hübel, die Opfer von St. Lorenzen. Nicht in revolutionärem Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung, sondern in der Verteidigung seiner in der Verfassung verankerten Rechte, in der Verteidigung von Weib und Kinder gegen die Soldknechte des Kapitals, sind diese Opfer gefallen. Und das ist das Besondere, aus dem die Arbeiterklasse die Lehre ziehen muß. Solange die Arbeiterklasse der Polizei der SP.-Führer folgt, solange die Arbeiter das betrügerische Etschwäg der SP.-Führer von der schwachen Regierung und den mutlosen bürgerlichen Parteien, die nicht den Mut hätten, gegen die Heimwehren vorzugehen, glauben, solange wird das Kapital und seine Trabanten Sripel und Pfierner, Kinteln und Steidle, Schuny und Stumpf leichtes Spiel haben.

Die Heimwehren sind ein Teil des Bürgertums, sie sind die verlässlichste, entschlossenste Garde des Großkapitals. Und von den bürgerlichen Parteien zu verlangen, wie es die SP.-Führer tun, sie sollen gegen die Heimwehren, die Fleisch von ihrem Fleische sind, vorgehen, von der staatlichen Macht, die zur Unterdrückung der Arbeiter da ist, fordern, sie soll die Demokratie gegen den Faschismus verteidigen, das heißt, vor dem Kapital kapitulieren, dem faschistischen Kurs die Mauer machen.

Die bürgerlichen Parteien, von denen die SP. Hilfe verlangt, haben sich offen zum Programm der Heimwehren bekannt. Nicht die Heimwehren und ihr Marsch nach Wien ist gegenwärtig die Hauptgefahr, die das Proletariat bedroht, sondern die Bereitschaft der SP.-Führer, im Parlament vor dem Heimwehrprogramm zu kapitulieren.

Offen kündigt der Landbund in seiner Feistriger Tagung an, dem Parlament die Alternative zu stellen: Entweder es ist gefügig und unterzeichnet im wesentlichen das Heimwehrprogramm, dann kann es als Feigenblatt der faschistischen Regime vegetieren, oder es weigert sich, dann wird es mit Gewalt auseinandergetrieben. Die Bourgeoisie zieht den trockenen Staatsstreich, zu dem die SP.-Führer die Mauer machen, dem offenen Bürgerkrieg vor, wobei sie nichts riskiert, sondern nur gewinnt. Die Erklärung der SP.-Führer, die Arbeitsfähigkeit des Parlaments zu garantieren, die Lösung des Parteivorstandes „Kampf um die Demokratie“ zeigt jedem Arbeiter, daß die Führer durch einen Scheinkampf die Arbeiter ins Joch der Heimwehredemokratie führen wollen. Im Namen der Demokratie für die Heimwehren, so wie die SP.-Führer zu kämpfen vorgeben, sollen die Arbeiter in die faschistische Sklaverei gespannt werden.

Was die Unternehmer wollen, ist die Freiheit der gelben Organisation in den Betrieben, um die gewerkschaftliche Kraft der Arbeiterklasse zu brechen. Sie wollen die Herren im Hause sein, um ungehindert rationalisieren, ausbeuten zu können.

Die Rechte der Betriebsräte, die sozialen „Lasten“, mit einem Wort, der revolutionäre Schnitt soll befeitigt werden. Zu all dem brauchen die Unternehmer die Aenderung der Verfassung, die Revision der sozialen Gesetzgebung, Abschaffung des bestehenden Wahlrechtes und das Wichtigste, die faschistischen Gewerkschaften,

Neue Anklagen gegen den „Mahnruf“.

Je lauter die Faschisten zum blutigen Umsturz aufstehen, um so energischer wird die Staatsgewalt gegen die revolutionären Arbeiter. So hat jetzt die Staatsanwaltschaft wegen der Artikel: „Es kommt der Tag...“ und „Bahnenchwanzempfang in Graz“ gegen unseren Genossen

Rurt Landau als verantwortlichen Redakteur die Anklage erhoben. (§ 305.)

Solche Anklagen werden uns natürlich nicht im mindesten daran hindern, noch energischer als bisher das Proletariat zum äußersten Widerstand und zu revolutionären Massenaktionen gegen den Faschismus aufzurufen.

Der Staatsanwalt kann uns — nicht einschüchtern.

Die Ausgesteuerten wehren sich.

die faschistischen Brutnestler in den Betrieben. Die Unternehmer wissen, wenn auch die SP.-Führer im Parlament kapitulieren, solange die Kraft der Arbeiter in den Betrieben nicht gebrochen ist, solange können sie die Früchte des Staatsstreiches nicht restlos genießen, solange ist die Arbeiterklasse wehrfähig.

Und auch in diesen Grundfragen der Gewerkschaften, in der Frage der geschlossenen organisierten Betriebe machen die SP.-Führer den Faschisten die Mauer. Seig erklärte auf der Wiener Konferenz, die nach St. Lorenzen tagte: „Wenn ein Heimwehrmann wegen seiner Gefinnung aus den Gemeindebetrieben entlassen wird, trete ich zurück.“ Unter dem Schutze der Bonzen gingen die Sahnenschwänzler in Graz und Andritz, in Pottendorf und St. Pölten in die Betriebe zurück.

Die Bourgeoisie rüstet zum Generalangriff. Sie kennt die Stimmung der Arbeiterchaft, die zum Aufruhr entschlossen ist, sie kennt aber auch die sozialdemokratischen Führer. Sowie 1914 die SP.-Führer den Sozialismus verraten haben und treue Kettenhunde der 1. Kriegspolitik wurden, so wie die SP.-Führer 1918 dem Kapitalismus das Leben retteten und mit Hilfe der Offiziere die proletarische Revolution im Mute erstarrten, so wie die SP.-Führer die unentbehrlichen Stützen des kapitalistischen Wiederaufbaus und der Stabilisierung sind, so werden sie jetzt die Staatsreichspolitik der Bourgeoisie deden und den Widerstand des Proletariats zu brechen versuchen. Der erste Schritt dazu ist die Versöhnung mit Schöber, dem Mann des 18. Juli, dem Schlächter von 90 Proletariern, dem Projektor der Heimwehren. Die 90 Toten haben die SP.-Führer geschändet, über ihre Gräber reicht Seig dem Blut-Schöber die Hand. Seipel und Seig, sie sind nur die Achterseite derselben Medaille. Sozialdemokratische Arbeiter, ihr schüttelt den Kopf, wenn die Führer auch vom Kampf abhalten, ihr sagt, die Führer machen Fehler. Ihr irrt euch.

Die Wahrheit, was die SP.-Führer sind, erkennen zum erstmal die Grazer Vertrauensmänner auf der Konferenz nach St. Lorenzen, indem sie Oberzauner zuriefen: „Du willst ein Sozialdemokrat sein — du bist ein bürgerlicher...!“ Ja, ihr Grazer Vertrauensmänner, habt die Wahrheit gesagt, aber ihr habt daraus noch nicht die Konsequenzen gezogen.

Was die SP.-Führer sagen, ist bürgerlich, was sie tun, ist ebenfalls bürgerlich. Sie drücken nur immer mit anderen Worten das aus, was die Bourgeoisie will.

Es gilt, den Kampf gegen das Heimwehrprogramm, gegen die Staatsreichspolitik der Bourgeoisie, gegen die kapitulierenden, feigen und bürgerlichen SP.-Führer aufzunehmen. Nur wenn die Arbeiterklasse den SP.-Führern die Erfolgshaft verweigert, aus seiner Mitte neue revolutionäre Führungen schafft, wird es den Generalangriff des Bürgertums zurückwerfen und die Voraussetzungen für den Sieg des Sozialismus über den Faschismus schaffen. Arbeiter, schließt euch zum revolutionären Abwehrkampf zusammen. Jeder Betrieb muß eine revolutionäre Burg werden, an der die Angriffe unserer Feinde gescheitern.

Die Zahl der von der J. V. K. mit nichtigen Verbänden Ausgesteuerten schwollt zu einer Masse an. Gesuche und Bittgänge haben nur Hohn und Ironie bei den Behörden gefunden. Die Unternehmer reiben sich schmerzhaft die Hände über das Werk der J. V. K., das der Vorsitzende, Hans Muchitsch, sozialdemokratischer Abgeordneter von „Beruf“, dect und unterstützt.

Die Unternehmer sollen durch die Massenaussteuerung billige Arbeitskräfte bekommen, die, von der Not gezwungen, zu Lohnbrüdern mißbraucht werden.

Mit Recht erkannten die Ausgesteuerten darin, als Lohnbrüder mißbraucht zu werden, die größte Gefahr, für die in den Betrieben ohnehin schon mit Hungerlöhnen arbeitenden Kollegen.

Ihre erste Aufgabe, die sich die Ausgesteuerten stellten, bestand darin, die Betriebsarbeiter auf ihre Lage aufmerksam zu machen und hinzuweisen, wie sich die J. V. K. zu den schamlosesten Methoden im Dienste der Unternehmer hergibt.

Die Ausgesteuerten bildeten bei einer Besprechung ein zügleriges Aktionskomitee und scheuten die Opfer nicht, den Betrieb zu verlassen, um die Betriebsräte auf den realistischen Kurs der J. V. K. aufmerksam zu machen und sie aufzufordern, auf die Gewerkschaften einen Druck auszuüben, damit sich diese um die Praktiken des Herrn Hans Muchitsch, der auch Präsident der Arbeiterkammer ist, kümmern und einschreiten.

Die Ausgesteuerten sprachen bei den Betriebsräten der Firmen Styria-Turkopp-Werke, Montana Fahrradwerke, Puch-Werke, Weites Waggonfabrik, Jinge A. G., Traubzug und Wagner-Wirk-Sturz vor.

Nach längerer Auseinandersetzung mit den Betriebsräten dieser Betriebe, sagten diese zu, sich für die Vorgänge bei der J. V. K. zu interessieren und von den zureichenden Gewerkschaftsinflüssen zu verlangen, daß dem realistischen, arbeitserfindlichen Treiben der J. V. K. Einhalt geboten werde. Die Betriebsräte der Firma Puch und Traubzug gaben den Ausgesteuerten außerdem noch den Rat, sich nicht im Komitee zu organisieren, sondern der SP. beizutreten. Diesen Vorschlag sei gesagt, daß die Einheit der Arbeiterchaft ohnehin in den Gewerkschaften gegeben sei, daß aber die sozialerhaltende Taktik der reformistischen Gewerkschaftsführer daran schuld ist, wenn

viele Arbeiter, vielfach aus Not, den Gewerkschaftsbeitrag nicht leisten. Von den Ausgesteuerten zu verlangen, sie sollen der SP. beitreten und mit dem Mitgliedsbuch der SP. diszipliniert verhungern, ist allerdings eine sehr komische Auffassung über den Klassenkampf. Diesen Betriebsräten sei auch gesagt, daß es für jeden Klassenbewußten Arbeiter die Pflicht ist, dem vor dem Verhungern stehenden Klassenossen zu helfen, gleichgültig, ob er als freigeberchaftliches Komitee oder als Komitee der Ausgesteuerten um Hilfe ruft. Wie hoffen, daß die Betriebsräte ihr Versprechen einhalten und alles daransetzen, um rasch und gründlich dem Treiben der J. V. K. ein Ende zu machen.

Die Ausgesteuerten waren auch bei der Arbeiterkammer. Herr Präsident Hans Muchitsch ließ sich als beurlaubt entschuldigen und sein Stellvertreter suchte die Ausgesteuerten zu beschwichtigen, indem er ihnen empfahl, Gesuche und Bittgänge zu machen und sie davon abriet, sich an die Öffentlichkeit zu wenden, denn sie schaden damit der SP. und den Gewerkschaften.

Wir glauben eher, daß die SP. und Gewerkschaften sich „schaden“, indem sie bewußt den Ausgesteuerten die Unterstützung der J. V. K. unterläßen und verhindern wollen, daß die Arbeiterchaft von den dunklen Mächten der J. V. K. und ihres Vorsitzenden Hans Muchitsch nicht erfährt.

Die Wahrheit verrät Nowak, der Sekretär der Kammer, indem er einem Mitglied des Komitees sagte: Es nützt euch das ganze Gesuchschreiben nichts, denn die Unternehmer weigern sich, die Aufbringung der Kosten für die Notstandsunterstützungen aufzubringen!

Für die Ausgesteuerten gibt es keinen anderen Ausweg, als Kampf um ihre Unterstützung für die ganze Zeit der Arbeitslosigkeit. Die ganze Arbeiterchaft von Graz nehme aber zur Kenntnis, daß die Gewerkschaftsbouzer durch ihre Passivität und trotzdem sie in Kenntnis aller Vorgänge in der J. V. K. sind, nichts unternehmen, um die schamlose Unternehmerwillkür in der J. V. K. zu durchkreuzen.

Betriebsarbeiter von Graz, unterstütze den Kampf der Ausgesteuerten restlos, denn es ist ein Kampf um die Interessen der gesamten organisierten Arbeiterchaft.

Die alten Arbeitslosen zum Verurteilen verurteilt.

Von einem alten Arbeitslosen.

Im Jahre 1927 schrieb die SP. von Ihren großen Erfolge. Die Alten seien vom Verhungern gerettet. Das Alters-Versicherungsgesetz wurde angenommen. Nach zwei Jahren müssen wir erleben, daß das Gesetz nur am Papier, nicht aber in der Praxis besteht. Die J. V. K. raubt vielen Alten die Unterstützung. Mit 58, 59, 60 Jahren wird ihnen die Arbeitslosenunterstützung eingestellt, mit der Begründung: „Arbeitsunfähigkeit nicht gegeben.“ Ist das nicht anreizend? Die Alten von über 60 Jahren will man nirgends mehr aufnehmen. Nach dem Gesetz hat nur derjenige Anspruch auf die Altersrente, der im Bezug der Arbeitslosenunterstützung steht. So raubt man uns Alten

nach einem Leben voll Arbeit, Sorge undummer unseren letzten Balken unter den Füßen, die Altersrente. Die gesamte Arbeiterchaft muß sich gegen dieses schreiende Unrecht, gegen diese Brutalität auflehnen. Die Gewerkschaften und die große SP. sehen tatenlos zu, wie man uns Alten das letzte Stück Brot raubt. Die schlechte, unzureichende, geradezu verübende Altersrente wird uns auf listigste Weise geraubt. Einem, zweien oder mehreren wird für eine Woche die Unterstützung entzogen und so außer Veruß der Altersrente gesetzt. So schaut die soziale Fürsorge in der demokratischen Republik aus. Alte Arbeitslose, schließen wir uns zusammen zum Kampf um unsere Rechte. Weibet euch in der Redaktion des „Mahnruf“, der für unsere Interessen eintritt. Sieht nicht dahin, von selbst wird es nicht besser, kommt und kämpft wir für unsere gerechte Sache.

Der Sowjet-chinesische Konflikt und die Aufgaben der Opposition.

Von E. Trozky.

Am 27. Juli gab ich folgende Antworten auf die Fragen der amerikanischen Presseagentur:

„Ueber die Sowjet-chinesischen Beziehungen kann ich natürlich nur als Privatperson ein Urteil abgeben. Mir steht nur Zeitungsmaterial zur Verfügung. Und bei solchen Umständen ist Zeitungsmaterial immer ungenügend.“

Es kann kein Zweifel bestehen, aggressiv wurde nicht die Sowjet-, sondern die chinesische Regierung. Das Regime der ostchinesischen Bahn besteht seit einer Reihe von Jahren. Die Arbeiterorganisationen, gegen die die chinesischen Mächte aufgetreten sind, bestehen auch nicht seit dem gestrigen Tage. Das jetzige Regime der ostchinesischen Bahn war das letzte Mal sorgfältig ausgearbeitet von einer besonderen Kommission unter meiner Leitung. Die Beschlüsse dieser Kommission wurden im April 1926 bestätigt und wahren vollkommen chinesische Interessen.

Das Auftreten der gegenwärtigen chinesischen Regierung wird dadurch erklärt, daß diese Regierung sich durch das Niederwerfen von Arbeitern und Bauern besetzt hat. Hier will ich nicht über die Ursachen der Niederlage der revolutionären Bewegung des chinesischen

Volltes sprechen, da ich diese Frage in meinen schon gedruckten Arbeiten genügend erläutert habe. Die Regierung, die aus der Niederlage der Revolution hervorgegangen ist, sieht sich wie gewöhnlich schwach gegen die Kräfte, gegen die die Revolution gerichtet war, d. h. vor allem gegen den britischen und japanischen Imperialismus. Daher ist sie gezwungen ihre Autorität zu heben durch abenteuerliche Gesten an die Adresse des revolutionären Nachbars.

Muß diese Provokation, die aus der Niederlage der chinesischen Revolution hervorgegangen ist, zum Kriege führen? Ich glaube es nicht. Warum? Weil die Sowjetregierung keinen Krieg will, und die chinesische Regierung ihn nicht führen kann.

Die Armee von Tschang-Kai-Schek war in den Jahren 1925—1927 siegreich, weil die Massen vom revolutionären Geist durchdrungen waren. Nachdem sich die Armee gegen die Massen gewendet hat, verlor sie die wichtigste Quelle ihrer Kraft. Als eine rein militärische Organisation ist die Armee von Tschang-Kai-Schek sehr schwach. Es ist unmöglich, daß Tschang-Kai-Schek nicht versteht, daß die Sowjetregierung von der Schwäche seiner Armee zu gut weiß. Man könnte nicht einmal daran denken, daß Tschang-Kai-Schek instande wäre, ohne die Hilfe anderer Mächte gegen die rote Armee Krieg zu führen. Richtiger gesagt, Tschang-Kai-Schek könnte nur dann Krieg führen, wenn seine Armee nur eine Hilfsdivision bei den Armeen

anderer Mächte wäre. Ich glaube nicht, daß eine solche Kombination sehr glaubhaft wäre, wenn man besonders des schon oben erwähnte aufrichtige Bestreben Sowjets rußlands, den Konflikt mit friedlichen Mitteln zu schlichten, in Betracht zieht.

Es erübrigt sich zu erläutern, daß für den Fall, daß den Sowjets der Krieg aufgedrängt würde, die Opposition sich ganz der Sache der Verteidigung der Oktoberrevolution widmen würde.“

Ich hielt dafür, in diesen Worten ganz unabweislich die Gedanken der ganzen linken kommunistischen Opposition angedeutet zu haben. Es hat sich aber gezeigt, daß dem nicht ganz so ist. In ihrer Mitte haben sich Elemente und Gruppen gezeigt, die bei der ersten ersten politischen Prüfung entweder eine unbestimmte, oder im Grunde falsche Stellung eingenommen haben, die sie dem revolutionären Lager der Opposition entgegensteht und sie dem Lager der Sozialdemokratie beträchtlich nähert.

In der 26. Nummer der „Tage des Kommunismus“ steht ein Artikel, geschrieben mit G. B. Dieser Artikel sieht die Ursache des Konfliktes in der Verletzung der Selbstbestimmung Chinas seitens der Sowjetrepublik, d. h. so viel, daß er die Verteidigung von Tschang-Kai-Schek übernimmt. Ich will mich bei dem Artikel nicht aufhalten. Einen gebührenden Verweis hat er schon von Gen. Kurt Landau erhalten, der es verstanden hat, bis

An die Leser und Leserinnen des „Mahnruf“.

Die Verwaltung des „Mahnruf“ sieht sich gezwungen, den Preis der Einzelnummer von 12 auf 15 Groschen zu erhöhen. (Abonnement S. 1.—) Dieser Beschluß der Preisserhöhung wurde erst gefaßt, als die Opferwilligkeit der freiwilligen Mitarbeiter des „Mahnruf“ jene äußerste Grenze erreicht hatte, über welche hinaus es eben nicht mehr geht.

Unsere Genossen haben für ihre Zeitung gehungert, in zerrissenen Schuhen im bittersten Winterfrost transportiert, Nächte lang schlaflos verbracht in Sorgen, wenn der Drucker eine Erhöhung der Druckkosten ankündigte. Wir wissen, daß viele Leser des „Mahnruf“ Arbeitslose sind, die mit Groll und Verzweiflung im Herzen es ruhig mitansehen müßten, wie die profitgierige Bourgeoisie sogar an ihren Hungergroßchen faugt und erpreßt. Wir wissen, daß bei vielen Lesern die erste Regung über die Preisserhöhung eine Regung des Unmutes sein wird. Und dennoch! Wir müssen den Preis erhöhen.

Wir sind angewiesen auf die Groschen aller Verdienten und Unterdrückten. Wehe, wenn uns die Satten Geld geben würden! Dann würde unsere Fackel im Sumpf der Korruption erlöschen, wie es all den „Freiheitsbringern“ geht, die nicht mit der Opferbereitschaft der Klasse rechnen, sondern mit den Schicks der Bourgeoisie aller Farben.

„Das Wert der Befreiung der Arbeiterklasse kann nur ihr eigenes Werk sein.“ — Jawohl, wir müssen und werden uns selbst befreien. Und jeder Groschen, von abgerackerten Arbeitshänden, für unsere Zeitung herausgegeben, gleicht jenem winzigen Stein, der die unwiderstehliche Lawine ins Rollen bringt. Und jeder dieser Groschen, an denen Hunger und heldenhafter Verzicht hängen, wiegt schwerer im Kampfe der Arbeiterklasse als die ergamerten Milliarden der Bourgeoisie.

Die Preisserhöhung war schon lange fällig. Der „Mahnruf“ steht in einem unerträglichen, hartnäckigen Kampfe gegen die unheilvollen Gewalten der Sozialdemokratie und der Bourgeoisie. Gehaßt und verfolgt vom Staatsanwalt, der unser proletarisches Kampfblatt durch Konfiskationen und Geldstrafen umbringen will, verleumdet von Stalinisten und Sozialdemokraten, boykottiert von der inseratvergebenden Geschäftswelt, ist der „Mahnruf“ angewiesen auf die Groschen jener, die zum Kampfe entschlossen sind für die Befreiung dieser Welt von der Pest der Ausbeuter und feigen Opportunisten. Der ganze Haß aller korrupten und faulenden Elemente dieses Österreichs steht auf wider uns. Wir wollen diesem Haß begegnen. Und jeder Proletarier, der, durch den „Mahnruf“ von der Notwendigkeit des Kampfes überzeugt, ein Mitkämpfer wird, ist ein Faustschlag in das Gesicht der herrschenden Klasse. Und viele solcher Schläge werden notwendig sein, um die Bourgeoisie auf den Schindanger der Geschichte zu bringen.

Appell an die Arbeiterschaft.

Von einem Arbeiter aus einem Grazer Großbetrieb.

Da die SP. die Arbeiter von Oesterreich zu einem großen Versammlungsturn aufrauft, will ich mich mit diesen Worten an die Arbeiterschaft wenden.

Schon oft haben die Führer uns gerufen, und wenn wir kamen, um zu kämpfen, schickten sie uns wieder heim und predigten Disziplin. Vor lauter Disziplin sind wir alle dem Faschismus entgegengerannt. Vor lauter Besonnenheit haben uns die Unternehmer in den Sack gesteckt und zahlen können wir zum schwarz werden. Demokratie haben sie uns gepredigt, nur merken wir keine. Die andern leben im Ueberfluß und Völlerei, wir hungern bei rationalisiertem Arbeitstempo, die andern sind bis an die Zähne bewaffnet, wir kämpfen mit Stimmgabeln, die andern verteuern die Lebensmittel, wir dürfen nicht Lohn fordern. Mit einem Wort — niemals ist es dem Arbeiterpaß so gut gegangen, wie in der Demokratie. Je besser es ihnen geht, je mehr wollen sie noch haben, je mehr sie uns ausbeuten, um so größer ihre Lust, noch mehr von uns zu verlangen. Die andern ernten die Früchte, uns füttern die Führer mit Versprechungen. Elf Jahre versprechen die Führer, es wird besser werden, die Demokratie wird kommen und helfen. Elf Jahre sprechen die Führer von dem großen Erntegeschichten, die uns 1919 in den Schoß gefallen sind, die man uns jetzt wegnehmen will. Elf Jahre würgen die Führer jeden Streik um mehr Lohn ab und behüten die „bedrohte“ Volkswirtschaft; dabei verbungert das Proletariat. Am Mieterschutz darf nicht gerüttelt werden, haben sie uns versprochen und jetzt zahlen wir den

250fachen Zins und die fetten Steuern dazu. Achtstundentag, er ist am Papier, denn willst du deinen Kindern Kleider kaufen, mußt Überstunden machen.

Verlangen wir die Hilfe der Organisation, dann heißt es, wir sind zu schwach, oder da kann man nichts machen.

Zum Streiken ist kein Geld da — aber zum Palaste bauen genug.

Arbeiter, erinnert euch an all das, was wir erfahren mußten. Laßt euch die Köpfe nicht vollstopfen mit Phrasen von der Demokratie, vom Märchen über den bösen Teufel und dem vernünftigen besonnenen Bürgertum. Nicht Gott, nicht Kaiser, nicht Regierung und Parlament werden uns verteidigen. Sie alle sind unsere Feinde und zu unserem Betrug geschaffen. Seht den Führern auf die Finger, nicht aufs Maul. Sie haben uns verraten, sie haben dem Arbeiterschlächter Schober die Hand gereicht, sie haben sich mit Schober ausgehört. In Andritz, in St. Lorenzen, überall haben die SP.-Führer versagt, haben uns immer wieder niedergehalten.

Erwartet nicht von diesen Führern den Kampf gegen den Faschismus, den Kampf gegen das Unternehmertum. Wehren wie uns, bevor wird ganz niedergestreckt sind. Schließen wir uns zusammen gegen die verräterischen Führer, gegen Faschismus und Reaktion. Es lebe die revolutionäre Einheits, es lebe der Kampfgeist von St. Lorenzen. Nieder mit dem Kapitalismus, es lebe der Sozialismus.

Die Bourgeoisie über den Versammlungs-„Sturm“ der SP.

Jeder Arbeiter, der den „Versammlungsturm“ der SP.-Führer ernst nimmt, soll durch das Urteil der Bourgeoisie eines besseren belehrt werden. Die „Reichspost“ schreibt:

Wer vor ein paar Jahren, ja noch vor einem Jahre den Molen prophezeit hätte, sie würden noch einmal statt Aufmärsche ihrer Parteimitglieder zu veranstalten, um die Nichtmarxisten einzuschüchtern, einen Versammlungsexpeditivsturm für Ruhe und Frieden, Verständigung und Versöhnung und gegen den Bürgerkrieg veranlassen, den hätten sie unter Max Hadersfeldem Hohelächel in die Verspottung auf den Steinhof geschickt. Und nun ist das Unwahrscheinliche dennoch Wahrheit geworden. Die Heimwehr hat die Befehlsgewalt erzwungen, die Heimwehr, die mit den roten Herrschäften Treuer gesprochen hat, die Taktik der Unnachgiebigkeit und des Signifikanzsterns, die Taktik des „groben Ardes auf einen groben Weg“.

Das: die Blatt schreibt zur Kapitulation vor Schober: Und so ist auch das noch bis vor wenigen Monaten ganz Unmöglichkeit und Unvorstellbare sensationelles Ereignis geworden: das Oberhaupt der Sozialdemokratie, der Wiener Mieterschutz, hat sich zum Wiener Polizeipräsidenten an den Beratungstisch gesetzt! Wer die

dreijährige, unglücklich gefällige Hebe der Sozialdemokratie seit ihrer Juliputschüberlage gegen den Wiener Polizeipräsidenten, die Fälligkeit, Verwünschungen und unerhöhten Schmähungen ihrer Parteiführer und Veranlassungsbredner gegen ihn endlich mitteilt hat, weiß auch den Anlaß der Sozialdemokratie, von diesem Zusammenstößen bedeutet, nach Gebühr einzuschätzen.

Die Schamhafte muß jedem Arbeiter ins Gesicht freigen, wenn er im Artikel der „Arbeiter-Zeitung“ folgendes liest: Vor allem aber jetzt es in der heutigen Zeit eines voraus: das Vertrauen der Massen des Volkes, daß die Polizeidirektion in jedem Falle entschlossen ist, ihre höchste Pflicht zu erfüllen; die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes und des Landes gegen jeden Angriff zu schützen.

Das heißt nicht mehr und nicht weniger, als daß die Arbeiterschaft sich auf Schober verlassen soll, der vor zwei Monaten noch in der „A. Z.“ als Bluthund und Arbeiterschlächter betitelt wurde. Auf Schober bauen die SP.-Führer, von dem Teufel behauptet (er muß es ja wissen), daß er die Waffen der Heimwehren in Bereitschaft halte. Seit Schobers „eiserner“ Erklärung vom 26. August scheint wahr zu werden, was der „Morgen“ vom 9. d. M. aus verlässlicher Quelle mitteilte: Schober genießt das Vertrauen aller parlamentarischen Parteilichhaltungen und sei der zukünftige Bundeskanzler. Arbeiter, Augen auf, seid wachsam!

Frage so zu stellen, wie es sich für einen Marxisten gehört.

Die Redaktion der „Zahne des Kommunismus“ stellte den Artikel von G. P. zur Diskussion, beifügend, daß sie sich mit dem Artikel nicht solidarisiert. Es bleibt ganz unverständlich, wie man eine für jeden Revolutionär so elementare Frage zur Diskussion stellen kann und noch dazu in einem solchen Moment, wo eine politische Tat notwendig ist. Die Sache verschlechtert sich noch dadurch, daß die Redaktion der „Zahne des Kommunismus“ auch Landaus Artikel „zur Diskussion“ gestellt hat. Der Artikel von G. P. drückt die Vorurteile der Vulgärdemokratie aus in Verbindung mit Vorurteilen des Anarchismus. Landaus Artikel formuliert die marxistische Stellung. Wie ist aber die Stellung der Redaktion selbst?

Etwas unvergleichbar schlechteres ist einer der vielen oppositionellen Gruppen in Frankreich passiert. In der Nummer 33 (vom 28. Juli) „Wegen den Siron“ ist der Leitartikel dem Sowjet-chinesischen Konflikt gewidmet. Dieser Artikel stellt von Anfang bis Ende eine mörderische Kette von halb sozialdemokratischen, halb ultralinken Fehlschlüssen vor. Der Artikel beginnt damit, daß der abenteuerlichen Politik der Sowjetbürokratie die Verantwortung für den Konflikt aufgelegt wird, mit anderen Worten, der Artikel überträgt die Verteidigerrolle in Bezug auf Tschang-Kai-Schek. Der Artikel hält die Politik des Sow-

jetkaates gegenüber der Ostchinesischen Bahn für eine kapitalistische, imperialistische Politik, die die Unterstützung der imperialistischen Großmächte für sich hat. „Die kommunistische Opposition“ sagt der Artikel, „kann Stahns Krieg nicht unterstützen, denn es ist kein Krieg für die Verteidigung des Proletariats, sondern ein halbkolonialer Krieg.“ Und an einer anderen Stelle: „Die Opposition muß den Mut haben, der Arbeiterklasse zu sagen, daß sie sich nicht auf die Seite der Stalinischen Bürokratie und ihres abenteuerlichen Krieges stellen wird.“ Dieser Satz ist im Original unterstrichen und nicht umsonst: er drückt das ganze Wesen des Artikels aus und bringt dadurch den Autor in einen unvermeidlichen Gegensatz zu der ganzen linken kommunistischen Opposition.

In welchem Sinne trägt die Stalinbürokratie die Verantwortung für den gegenwärtigen Konflikt? In dem Sinne und nur in dem Sinne, daß sie durch ihre ganze frühere Politik Tschang-Kai-Schek geholfen hat, die Revolution der chinesischen Arbeiter und Bauern zu erdrücken. Darüber sage ich im Artikel gegen Kadel und Co.: „Die Provokation von Tschang-Kai-Schek ist die Bezahlung für die Beihilfe, die ihm Stalin in der Sache der Zertrümmerung der chinesischen Revolution hat angedeihen lassen. Wir sagten wörtlich und schon sehr, sehr oft: Nachdem Stalin Tschang-Kai-Schek in den Sattel gehoben wird, wird der letztere seinem Helfer bei der ersten

Gelegenheit einen Schlag ins Gesicht verpassen. So geschah es eben.“

Die Voraussetzung für die Provokation Tschang-Kai-Scheks erscheint die Zertrümmerung der chinesischen Revolution. Wir haben vor uns ein Abenteuer einer bonapartistischen Militärdiktatur, deren Haupt Tschang-Kai-Schek ist. Seine Provokation eben bildet die Grundlage für den sowjet-chinesischen Konflikt.

Der Autor des Leitartikels betrachtet aber als Grundlage für den Konflikt den „imperialistischen“ Besitz der ostchinesischen Bahn durch die Sowjetrepublik. „Sünde weg von China“, rufen die auf-einzeligen Helfer von Tschang-Kai-Schek, indem sie nicht nur die Sowjetunion, sondern auch die Beweishaltungen der Sozialdemokraten wiederholen. Bis jetzt hielten wir immer dafür, daß nur die Klasse der kapitalistischen Bourgeoisie als Trägerin der imperialistischen Politik erscheinen kann. Kann denn diese Klasse die Macht in der U. S. S. R. an sich gerufen? Wozu? Wir kämpfen gegen die zentristische Stalinische Bürokratie (erinnern wir uns; der Zentrismus ist eine Strömung in der Arbeiterklasse selbst) gerade deswegen, weil ihre Politik den Uebergang der Macht in die Hände der Bourgeoisie erleichtern kann: zuerst in die Hände der Klein- und Mittelbourgeoisie, dann in die Hände des Finanzkapitals. Darin besteht die historische Gefahr, der Prozeß hat aber noch auf keinen Fall stattgefunden. (Schluß folgt.)

Schauspielernot, Kulturschande und Indolenz.

Eine Gruppe von arbeitslosen Schauspielern, die sich zu einer Gruppe zusammengeschlossen haben, um durch Vorfstellungen die Kunst und die Massen des Weistes dem Proletariat näherzubringen, sendet uns ein Protokoll, aus dem hervorgeht, wie Künstler verhungern müssen, weil die bürgerliche Gesellschaft und die Indolenz der Gewerkschaften es nicht der Mühe wert finden, die guten Vorträge dieser Schauspielergruppen zu unterstützen. Es wäre auch die Aufgabe des Vereins der Arbeiterbühne dieser Schauspielergruppe die Möglichkeit zu geben, im Proletariat zu wirken. Wir lassen das Protokoll sprechen:

Als Delegierter der Arbeitsgemeinschaft der Bühnenkünstler bitte ich nachstehendes Protokoll zur Kenntnis zu nehmen und in geeignet scheinender Weise dazu Stellung zu nehmen.

Die allgemeine schwere wirtschaftliche Lage hat auch bei keinem Berufe so nachteilige Folgen gezeigt als bei dem Bühnenkünstler. Selbst Arbeitslosigkeit in der Dauer von nur ein bis zwei Jahren genügen, den Bühnenkünstler dauernd zu schädigen. Bängere Arbeitslosigkeit bedeutet Tod Warum? Um ein Engagement zu erhalten, braucht der Bühnenkünstler tadellose Garderobe und Kenntnis der den Spielplan beherrschenden Stille. (Repertoire.) Ferner Geld, um sich an Agenten wenden zu können. Eine finanzielle Stellenvermittlung sowie Nachhilfe (woburch es ihm ermöglicht würde, auf der Höhe seiner Leistungsfähigkeit zu bleiben) existiert in Österreich nicht. Da ein „Arbeitsloser“ auch nicht im Entferntesten diesen Erfordernissen entsprechen kann, bedeutet eben einmalige, kurze Arbeitslosigkeit Existenzvernichtung. Nicht einmal Umschulung für einen anderen Beruf wird ihm behördlich gestattet. Wäre es ein Wunder, wenn aus solchen Menschen, Lehrverbot im wahren Sinne des Wortes, Säuer, Selbstmörder oder Verbrecher würden?

Einen letzten Versuch haben die Bühnenkünstler unternommen, nachdem alle vorhergegangenen Tausend der Indolenz und des Bürokratismus nicht nur der Behörden und Parteien (die vor den Wahlen immer so viel versprechen), sondern sogar durch die Ignoranz ihrer eigenen Interessenvertretung, des „Bühnenvereins“, gescheitert sind.

Sie haben in einer Volkserammlung am 2. August, an der rund 70 Mitglieder teilnahmen, beschlossen, eine Arbeitsgemeinschaft zu gründen. In einer kurz darauf folgenden Sitzung, am 5. August, hatte der gewählte Ausschuss Gelegenheit, seine Tüchtigkeit und seinen Arbeitsernst zu beweisen. Er hatte in der Blüdenmangasse 41 einen Saal gemietet und durch Uebereinkommen mit einem Konzeptionist zwei- bis dreimal wöchentlich Spielgelegenheit geschaffen. Die Proben sind schon im vollen Gange, die erste Aufführung findet am 17. August statt. Gegeben wird der „Heilige Nat“.

Als Delegierter der Arbeitsgemeinschaft der Bühnenkünstler erkläre ich:

Wir werden uns wieder an die Behörden, Parteien, Bühnenvereine usw. wenden. Nicht weil wir auf Unterstützung hoffen, lediglich, weil wir uns nicht die billige Ausrede vorsetzen lassen wollen: „Ja, wenn wir etwas gewusst hätten!“ Aber wir wollen uns an die Bevölkerung von Graz wenden, an ihre Presse und an alle jene Vereinigungen, die kulturellen Zielen dienen. Wir wollen uns an sie wenden, mit der Bitte um Unterstützung, uns mit Rat und Tat beizustehen. Wir wollen sie bitten, es uns zu ermöglichen, aus einer Schar stellungloser Romandantien Wegbereiter einer besseren Zeit, Mittler kultureller und sozialer Ideale zu werden. Wir wollen sie bitten, uns zu helfen, aus stellunglosen Berufschauspielern berufene Schauspieler zu werden, die ihre Stelle erfüllen wollen und können.

Wir sind überzeugt, daß die Bevölkerung von Graz und ihre Presse sich der Verantwortung bewußt sind, die ein Ueberhören unserer Bitte früher oder später nach sich ziehen würde.

Dringend nicht Menschen, die für ihre Interessen arbeiten wollen, den Glauben an euch zu verlieren. Machtet nicht aus Menschen, die Kulturträger sein könnten, „Kulturvernichter“!

Alle Anfragen und Zuschriften wollen gütigst an das Sekretariat des „Apo. Iosephs“, Gr. 3, Auerspergasse 11, Telefon 24-07, zu Händen des Herrn Regisseur Karl Treuss gerichtet werden.

Dritte Bausteinsammlung.

Durch die Genossen: Brug S. 2., Lafnerer S. 1., Pfeilich S. -50, Koch S. 12., Pendl S. 1.-, zusammen S. 23.50.

Sie wollen ohne Gewerkschaft verhandeln.

Unter Vorantritt des bei den Gehilfen schlecht angetreten und sattem bekannten Genossenschaftsvorstandes, des Herrn Johann Horschmegg, Spenglermeister am Jakominiplatz, haben die Meister ihren Gehilfen am 12. März ihren Vertrag gekündigt. Es kam zu keinen Verhandlungen, weil die Herren Meister mit der ihnen verhassten Metallarbeiter-Gewerkschaft nicht verhandeln wollten. Bis den Gehilfen die Geduld riß und sie an einem Montag korporativ und geschlossen um 7 Uhr früh den Genossenschaftsvorstand in seiner Werkstätte einen Besuch abstatteten. Der Genossenschaftsvorstand muß von irgendeiner Seite Wind bekommen haben, weil sich beim Hausvorstand einige Polizisten einfanden, um dem lieben christlichen Genossenschaftsvorstand vor irgendeinem Uebergriff des erregten Spenglergehilfen zu schützen. Die große Anzahl der Gehilfen hat auf den Herrn Vorstand einen solchen Eindruck gemacht, daß er sich zu den Vertrauensmännern bereit erklärt hat, mit der Gewerkschaft in Lohnverhandlungen zu treten. Die erste Verhandlung, unter Führung des Sekretär Weig, hat sich zerlegt. Bei der Verhandlung haben sich besonders die Herren Spenglermeister Frank und Swooboda hervorgetan. Diesen Herren gehen die Forderungen der Gehilfen immer auf die Nerven. Sie sind ein paar berühmte Schwarzmacher. Die zweite Verhandlung konnte so weit durchgedrückt werden, daß die jungen Gehilfen in den ersten drei Jahren auf achtzig Groschen Stundenlohn kommen, nicht wie die Meister wollten, einen Stundenlohn von 60 Groschen. Früher hatten die jungen Gehilfen einen Stundenlohn von 92 Groschen und jetzt einen von 80 Groschen, somit eine Verfallschöpfung um 12 Groschen pro Stunde. Hier gilt es nur, der geschlossenen Front der Meister, eine noch besser geschlossene Front der Gehilfen entgegenzustellen.

Eine Anfrage.

Es ist allgemein bekannt, daß bei den Grazer Bauhülffern seit anderthalb Jahren kein Vertrag mehr besteht; es ist wohl gesagt worden bei der Versammlung im April dieses Jahres, als wir vor den Wahlen standen, daß es jetzt unbedingt zur Lohnverhandlung und zum Vertragsabschluß kommen muß. Da jetzt Konjunktur ist, aber die Wahlen sind vorüber, man hört weder von Lohnverhandlungen etwas, viel weniger von einem Vertrag und keine Gehilfenversammlung mehr. Es ist direkt eine Schande, daß ein ausgeleierter Bauhülffler ein volles Jahr um 48 Groschen Stundenlohn schuften muß, da jede Arbeiterin 50-70 Groschen Stundenlohn ihn übertrifft. Da ist es wohl kein Wunder, wenn die Bauhülffler viele von der Gewerkschaft fernbleiben, da er doch nicht imstande ist, zu leben, desto weniger seinen Beitrag leisten kann. Es wäre endlich zu erwarten, von dem öbl. Gehilfenaussschuß und dem freigewerkschaftlichen Metallarbeiterverband, daß diese Sache endlich einmal in die Hand genommen wird. Ein Bauhülffler.

Verschiedenes.

N. J. Roy ausgeschlossen.

Ohne jedes Verfahren wurde der indische Kommunist N. J. Roy, der seit der Gründung der kommunistischen Internationalen Mitglied des Exekutivkomitees war und mehrere bedeutungsvolle Werke über Indien geschrieben hat, aus der K. ausgeschlossen. Roy ist einer der wenigen, die das Regiment Stalin in der Komintern nicht besten und einen eigenen Standpunkt bewahrte. Roy sympathisiert mit der Brandier-Gruppe.

Bombenattentate auf das Reichsgebäude.

Hakenkreuzer verüben auf das Reichstagsgebäude in Berlin ein schines Bombenattentat. Die Täter sind schuldig. In der letzten Zeit häufen sich in Deutschland die Attentate auf Gebäude, Monumente oder religiöse Stätten. Die Rechtsradikalen arbeiten mit Hochdruck auf die Sprengung des Reichstages und die Errichtung der schifflichen Diktatur.

Ein Skandal kommt nie allein

Gleich mit der „Verwöhrung“ gegen die Hottenabstimmung ist die Beschließung einiger Abgeordneten durch die United Steel Corporation am Tageslicht gekommen. Einige Abgeordnete haben im Auftrag dieser Gesellschaft die Fülle für Manganeisen zum Fall gebracht. Dadurch konnte diese Gesellschaft unerschöpfte Manganeisen einführen und machte Millionengewinne.

1000 Arbeiter in Steyr entlassen.

Im Zeitraum von zwei Wochen wurden in den Steyrwerken 1000 Arbeiter entlassen. Die Direktion begründet die Entlassung mit dem Umbau des Betriebes, Neuinstellung von Maschinen und weiteren Rationalisierungsmaßnahmen, um der Konkurrenz standhalten zu können. Die vom „Mahnruf“ aufgezeigte Prognose bezüglich der Amerikanisierung der Doppelwerke hat sich als richtig erwiesen. Auch die Arbeiter der übrigen Autobetriebe haben ähnliche Maßnahmen zu erwarten. Bis Ende September sollen weitere 1500 Arbeiter bei den Steyr-Werken entlassen werden.

Abrüstungskandal in Amerika.

Wieder einmal tut die bürgerliche Presse so, als ob sie entrüftet wäre. In Wirklichkeit ist ihr der Skandal, der jetzt in Amerika durch eine Unvorsichtigkeit ans Tageslicht kam, nichts neues. Der Marineadmiral E. D. Theater klagte einige Schiffbaugesellschaften auf 225.000 Dollar als Entgelt für seine Tätigkeit, die er im Dienste dieser Gesellschaft gegen die Hottenabstimmung betrieben hat. Hohe Marineoffiziere und Schwerindustrie sind in den Skandal verwickelt.

Direktor Wohnsiedl schwilt der Kamm.

In der Finanz-Ausschusskommission, geleitet von Wohnsiedl, erleben die Arbeitlosen, die mit leerem Magen kommen, nichts gegessen haben, oder Invalide sind, die größten Schikanes.

Herr Direktor Wohnsiedl mit Pension und außerdem noch einen fetten Gehalt, verpörrt nichts von Hunger, um so mehr ist er seine Kaunen den Arbeitlosen spüren.

Bezeichnend für die Vorgangsweise ist: Ein leidendender Invalide steht vor dem Schalter und wartet ruhig, bis sich Herr Direktor Wohnsiedl bemähen wird, zum Schalter zu kommen, aber umsonst. Da der Invalide Schmerzen hatte, klopfte nun beim Schalter und der Wache erschien in seiner ganzen Größe und schrie: „Arbeitslose haben sich nicht mit einem Wimper zu rühren!“ „Das geht mich nichts an, daß Sie einen wehen Fuß haben!“ „Ich war schon euch kennen, ihr seid's arbeitslos, hab's Zeit zum warten!“ Ich werde euch schon eine Erlösung beibringen!

Diese Worte erinnern an die Zeit des f. u. l. Kasernhofes, Herr Direktor, haben Sie sich an die gute alte Feldweibelzeit zurück erinnert, süßen Sie die Zeit für gekommen, die Arbeitlosen wie Rekruten zu behandeln? Die Arbeiterklasse wird sorgen, daß Ihr Traum nicht in Erfüllung geht.

Die neueste Tat dieses fetten Herrn ist die Trennung von Frauen und Männern. Alles hat seinen Grund, wird man darauf sagen, es gibt Arbeitslose, die den wahren Grund der Trennung nicht erkennen.

Nicht das ist es, die Arbeitslose meinen, damit die jungen Mädchen nicht verdorben werden sollen! Mit dieser Auffassung stellt ihr nur mit, die Geschlossenheit der Arbeitlosen zu zerören. Man will euch nicht, Männer und Frauen beifammen lassen, weil man die Frauen in erster Linie um den Bezug der Amerikafähigkeit bringen will und es nicht gut ist, wenn die Männer erfahren sollen, wie die Frauen behandelt werden, das ist der wahre Grund dieses Vorgehen, um die Geschlossenheit zu zertrümmern.

Der zweite Prozeß gegen Halsmann.

Im vorigen Jahre erregnete sich in den Bergen von Tirol ein Unfall mit tödlichem Ausgang. Vater und Sohn machten gemeinsam eine Tour durch das Zillertal, bei der, wie der Halsmann jun. angibt, sein Vater tödlich verunglückte. Er konnte, da er einige hundert Schritte vorausgegangen war, den Unglücksvergnug nicht sehen und hat nur einen Schrei des Vaters vernommen, worauf er zurückging und der Vater blutend in den letzten Stagen mit dem Kopf in einer Lade aufsand. Der 23jährige Student wurde des Mordes verdächtigt und das Geschworenengericht verurteilte ihn wegen Vatermord. Das Urteil wurde, da es lediglich auf Indizien aufgebaut ist, stark angefeindet. Der oberste Gerichtshof hat das Urteil auf und verordnete ein neues Verhörverfahren. Wir werden über den Ausgang des Prozesses berichten.

Pressfondsausweis.

Durch die Genossen: Ziger Schilling - 30, Orst 1.-, Orst - 50, N. N. 2.-, Singer - 20. - Aus der Kolportage dem Pressfonds überwiehen: Gen. Graf Schilling 4.20, Koch 3.-, Pendl 2.50, Konrad 1.-, Orst 1.15, Pendl 1.10, Koch 1.75, Finanz 4.68, Horwathsch - 60, Mandl - 60, Fexil - 40, Polmer - 60, Kauer - 20, Zigerl - 45, Maß - 25, Trummer - 35. Zusammen S. 26.73.

Kolporteurs werden gegen Provision gesucht.

Wir alle Abonnenten von „Der neue Mahnruf“, sowie die Administration ersucht euch, daß ihr das Abonnementgeld bereithaltet, um die Klaffung zu erleichtern. Gen. Konrad lauft Siege auf und ab, dann sind Genossen, die es sich zur Wohnhülle machen und man drei- bis viermal hinaufsteigen muß. Macht uns und dem Kaffier nicht solche Schwierigkeiten, helft mit und rechnet pünktlich ab. Die Verwaltung.